

DATENSCHUTZ

# Obsessive Observateure

**Auch in diesem Jahr wurden in Deutschland wieder die Big Brother Awards verliehen. Die Feierlichkeiten fanden Ende Oktober in Bielefeld statt. Die woxx feierte mit und dokumentiert Auszüge der Laudationes.**

(woxx) - Seit 2000 organisiert der Bielefelder FoeBuD e.V. die Big Brother Awards, "die 7 Oscars für Überwachung" (Le Monde). Der FoeBuD ist ein kleiner Verein, der sich bereits seit 1987 für Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft einsetzt. Die Preisverleihung wurde ins Leben gerufen, um die öffentliche Diskussion um Privatsphäre und Datenschutz zu fördern. Der Jury gehören neben dem FoeBuD sechs weitere unabhängige Organisationen an. Bereits in 14 europäischen Ländern sowie in Japan, Australien und in den USA werden fragwürdige Praktiken mit diesen Preisen ausgezeichnet.

## Videoüberwachung allerorten

Der Big Brother Award 2005 in der Kategorie Technik geht an diverse Kandidaten: Zum einen für die schleichende Degradierung von Menschen zu überwachten Objekten, zum anderen für die Verharmlosung von Tendenzen zu flächendeckender Überwachung. Aus der Preisrede von Karin Schuler, Deutsche Vereinigung für Datenschutz:

"Richter an deutschen Gerichten hingegen sprechen der anonymen Kamera als Vertreterin staatlicher Gewalt inzwischen quasi Persönlichkeitsrechte zu. Bereits im Jahr 2000 entschied das bayerische Oberlandesgericht, dass ein vor laufender Kamera gezeigter Stinkefinger als persönliche (!) Beleidigung der hinter dem Bildschirm spannenden Polizeibeamten anzusehen und ein Bußgeldverfahren berechtigt ist. Das Amtsgericht Stadtroda schrieb im Jahre 2004 einen fast gleichlautenden Fortsetzungsroman. (...)

Auch die Deutsche Bahn setzt seit langem, wie ja auch



Wo das Auge des Gesetzes hinschaut, weiß man nie genau: Installation anlässlich der Verleihung des Big Brother Awards 2005. (Bildquelle: [www.bigbrotherawards.de](http://www.bigbrotherawards.de))

die Berliner Verkehrsbetriebe und mit ihr viele andere städtische Verkehrsbetriebe, auf die flächendeckende Videoüberwachung ihrer Bahnhöfe und Bahnsteige. (...) Perfekt ist an dieser Überwachung vor allem eines: Die weitge-

hende Erfassung großer Lebensbereiche vieler Menschen, die auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen sind, wie zum Beispiel Pendler oder Schülerinnen und Schüler.

Da könnten einem die Polizeibehörden diverser Kommunen ja fast schon Leid tun, die nicht durch ein Softwareprogramm in Echtzeit potenzielle Verfehlungen der Beobachteten "berechnen" können, sondern das Bildmaterial der zunehmenden Anzahl mobiler Überwachungskameras noch selbst auswerten müssen. Durch die einfache Platzierung dieser mobilen Anlagen bleibt nur allzu oft die ernsthafte Abwägung zwischen Nutzen und Grundrechtseingriff auf der Strecke (...).

## Knollen-Terror

Der Preis in der Kategorie Wirtschaft geht an die Saatgut-Treuhand Verwaltungs GmbH in Bonn, die Bauern verdächtigt, Feldfrüchte aus eigenem Anbau für die Aussaat zu verwenden. Aus der Würdigung von Rena Tangens, FoeBuD:

"Bauern erhalten Post von Rechtsanwälten, Felder werden kontrolliert, die Kundendaten bei Genossenschaften ermittelt, über 2.500 Bauern, die die Auskunft verweigern, wurden bereits verklagt. Zusätzlich sind verdeckte Testkäufer der Saatgut-Treuhand unterwegs, kaufen auf Bauernhöfen Kartoffeln und stellen damit Beweismaterial sicher, um Täter zu überführen. Was geht hier vor? Welcher Straftat werden die Bauern bezichtigt: Gefährliche Giftcocktails gespritzt? Das Grundwasser mit Gülle verunreinigt? Heimlich gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut?

Nein - viel schlimmer - diese Bauern werden verdächtigt, Feldfrüchte aus eigenem Anbau aufzubewahren und für die Aussaat im nächsten Jahr zu verwenden - also ihre eigene Ernte auszusäen.

Wir stutzen: Genau das tun Bauern schon seit Jahrtausenden - die eigene Ernte wieder aussäen. Wo liegt das Problem? Nun, seit den 90er Jahren gibt es eine internationale Vereinbarung (...), die erst ins EU-Recht und schließlich auch ins deutsche Recht

eingegangen ist und die besagt: Für Saatgut muss eine Lizenzgebühr an die Saatgutfirma, die die Sorte angemeldet hat, bezahlt werden. Und zwar nicht nur einmal, wenn das Saatgut gekauft wird, sondern (seit der Änderung des deutschen Sortenschutzgesetzes von 1997) jedes Jahr wieder, auch wenn das Saatgut die eigene Ernte ist. Das sind die sogenannten Nachbaugebühren. Und um diese von den Landwirten einzutreiben, wurde die Saatgut-Treuhand aktiv. (...)

Die Saatgut-Treuhand schreibt Briefe und will detailliert wissen, was wo angebaut wird. Mehr als 2.500 Bauern, die keine Auskunft geben, wurden bereits verklagt, und zwar durch alle Instanzen.

Doch die Bauern halten dagegen - mit Erfolg: der Europäische Gerichtshof hat im Frühjahr 2003 entschieden, dass es keine allgemeine Auskunftspflicht der Bauern gegenüber der Saatgut-Treuhand gibt. Im Herbst 2004 wurde auch die allgemeine Auskunftspflicht der Saatgutaufbereiter vom EuGH verneint. Ebenso urteilte der Bundesgerichtshof: Saatgutfirmen müssen Anhaltspunkte haben, dass ein Bauer über Saatgut der von ihr geschützten Sorte verfügt und damit Nachbau betreiben könnte, bevor sie Auskunft verlangen können. Ein Anhaltspunkt kann nach dem EuGH der Erwerb einer geschützten Sorte sein.

Doch die Saatgut-Treuhand fordert nach wie vor Auskunft (...), lässt auskunftsunwillige Bauern von Rechtsanwaltskanzleien mit Drohbriefen traktieren, zusätzlich schickt die Saatgut-Treuhand verdeckte Testkäufer auf Höfe, die gegen Quittung ein paar Zentner Kartoffeln kaufen und ganz nebenbei fragen, ob sich die Kartoffeln auch zu Pflanzzwecken eignen - wer da nicht unter Zeugen entschieden verneint, wird von der Saatgut-Treuhand verklagt. (...)

Das obrigkeitshörige Deutschland wurde ausgewählt, um die Durchsetzbarkeit von Nachbaugebühren in Europa zu testen - andere Länder schauen gespannt auf die Entwicklung (...). In Entwicklungsländern werden über 90% der Felder mit selbst gezogenem Saatgut bestellt. Hier tut sich ein gigantischer Markt auf, wenn die Industrie schafft, all diese Bauern nach und nach dazu zu bringen, jedes Jahr Saatgut neu einzukaufen. (...)"

Weitere Informationen sowie die Dokumentation sämtlicher Preisreden: [www.bigbrotherawards.de](http://www.bigbrotherawards.de)

## Kein Knast für Migranten

Anlässlich des diesjährigen internationalen Tages gegen Faschismus und Antisemitismus organisieren die **Jugend für Fridden an Gerechtegkeet**, der **Infoladen "Schréibs"** und **Life** einen **Aktionstag** unter dem Motto **"No Prison for Migrants!"** Am **Mittwoch, den 9. November** besteht von **15 bis 19 Uhr auf der Place d'Armes in Luxemburg-Stadt** die Gelegenheit, die eigene Meinung kund zu tun: Mit einer **"Speakers Corners"** soll der Plan der Regierung, ein so genanntes Abschiebezentrum für sans papiers, Asylsuchende und andere Personengruppen zu etablieren, der Kritik unterzogen werden. Außerdem machen die Organisatoren mit einem Infostand, Konzerten und anderen Programmpunkten auf die Thematik aufmerksam. Angeprangert wird auch die generelle Entwicklung der europäischen Abschottungspolitik. Mit dem Aktionstag am 9. November wird alljährlich an die Reichspogromnacht von 1938 erinnert, ein Datum, das zum Symbol für die Ermordung der Juden Europas durch die Nazis geworden ist. Dabei sollen jedoch auch die aktuellen Formen des Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus zur Sprache kommen.